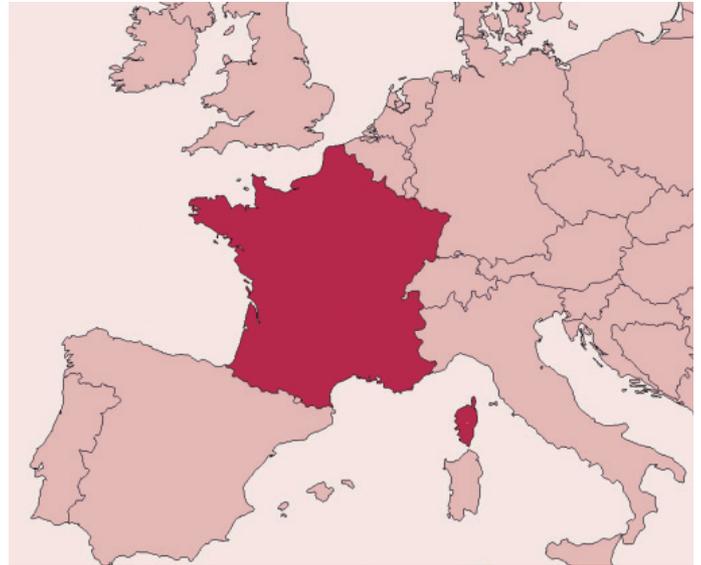


Frankreich

Frankreich hat eine lange Zuwanderungsgeschichte. Drei Phasen von Massenzuwanderung können dabei unterschieden werden. Die erste Phase setzte bereits um 1830 ein und brachte eine stete Zuwanderung von Millionen von Zuwanderern aus den Ländern Mittel-, Ost- und Südeuropas. In einer zweiten Phase kamen während des wirtschaftlichen Aufschwungs nach 1945 überwiegend männliche Arbeitskräfte nach Frankreich. Die dritte Phase, die in den 1970er begann und bis in die Gegenwart reicht, ist gekennzeichnet von Familiennachzug.

Die Entwicklungen im Rahmen der Zuwanderung und Integration in Frankreich sind stark von den Folgen der Kolonialisierung geprägt. Die Integration von Zuwanderern aus Schwarzafrika, der Karibik, vor allem aber aus Nordafrika stehen spätestens seit Mitte der 1980er Jahre im Mittelpunkt gesellschaftlicher und politischer Debatten. Seit den 1990er Jahren hat sich das Spannungsverhältnis zwischen den republikanisch-glaubensneutralen Werten („laïcité“) der Republik und dem Recht auf freie Religionsausübung, insbesondere der



Hintergrunddaten

Hauptstadt: Paris

Amtssprache: Französisch

Fläche: 543.965 km²
(zum Vergleich Deutschland: 357.027 km²)

Bevölkerungszahl (Januar 2004): 60.200.000
(61,98 Mio. mit Überseegebieten)

Bevölkerungsdichte: 109 Einwohner je km²

Bevölkerungswachstum (1995–2004): +0,4 %

**Anteil der erwerbstätigen Bevölkerung
an der Gesamtbevölkerung:** 45 % (2003)

Anteil ausländischer Bevölkerung (1999): 3.263.186 (5,6 %)

**Anteil ausländischer Beschäftigter
an allen Erwerbstätigen:** 6,0 % (2000)

Arbeitslosenquote: 9,7 % (2003); 8,9 % (2002); 8,8 % (2001)

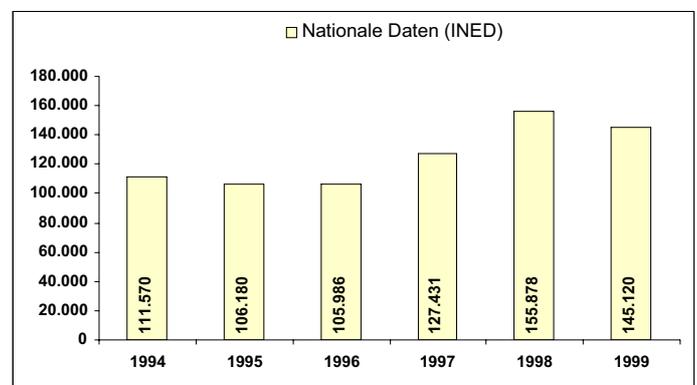
Religionen (2001): 48,84 Mio. Katholiken (78,8 %),
5 Mio. Muslime (8,3 %), 950.000 Protestanten
(1,6 %, v. a. Calvinisten), 650.000 Juden (1,1 %),
200.000 Orthodoxe (0,3 %)

wachsenden muslimischen Gemeinschaft, weiter verstärkt und ist zu einem zentralen Streitthema geworden.

Einwanderung

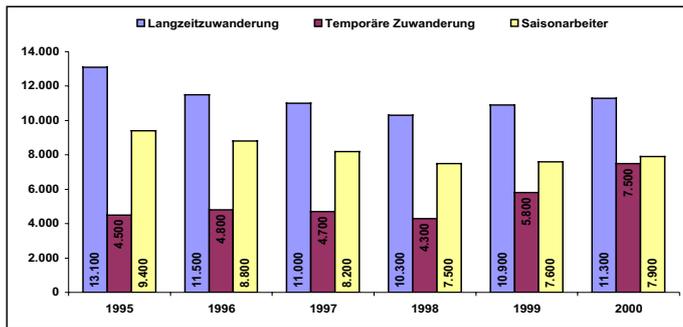
In den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg warb Frankreich Arbeitskräfte aus Belgien, Deutschland, Polen, Russland, Italien und Spanien an. In den 1950er und 1960er Jahren verstärkte sich die Einwanderung aus den ehemaligen Kolonien infolge von Befreiungskriegen und dem Prozess der Dekoloni-

Jährliche Zuwanderung (gesamt)*



Quelle: Institut National d'Etudes Démographiques; * brutto, ohne Abwanderung.

Jährliche Arbeitskräftezuwanderung



Quelle: OECD

alisierung. Vor allem im Zusammenhang mit dem Algerienkrieg (1954–62) bzw. der Unabhängigkeit Algeriens 1962 kam es zu einer Einwanderungswelle nach Frankreich. In der Wirtschaftskrise der frühen 1970er Jahre folgte Frankreich dem Vorbild anderer europäischer Länder und stellte 1974 alle Anwerbeprogramme für ausländische Arbeitskräfte ein.

Die Einwanderung setzte sich aber fort, vor allem in Form von Familienzusammenführungen. In den frühen 1990er Jahren verfolgte der konservative Innenminister Charles Pasqua (RPR)¹ das Ziel einer Null-Einwanderungs-Politik („immigration zéro“). Zahlreiche Regelungen wurden verschärft. So wurde z.B. die Wartezeit für Familienzusammenführungen von einem auf zwei Jahre verlängert, und ausländischen Absolventen französischer Universitäten war es untersagt, eine Arbeit in Frankreich anzunehmen. Die Einführung der so genannten „Pasqua Gesetze“ war jedoch heftig umstritten. Die Proteste fanden ihren Höhepunkt 1996 in der Besetzung einer Kirche in Paris durch Afrikaner und Chinesen, die lange Jahre ohne Aufenthaltsstatus in Frankreich gelebt hatten und auf ihre prekäre Situation aufmerksam machen wollten. Tausende von Menschen unterstützten die Protestaktionen der „sans papiers“².

Unter der Mitte-Links-Regierung von Premierminister Lionel Jospin (PS)³ wurden ab 1997 viele der restriktiven Regelungen zurückgenommen oder abgeschwächt. Ein spezieller Einwanderungsstatus für hochqualifizierte Arbeitnehmer, Wissenschaftler und Künstler wurde geschaffen. 1997 wurde zudem ein Legalisierungsprogramm für Ausländer aufgelegt, die sich illegal im Land aufhielten. 87.000 von insgesamt 150.000 Antragstellern erhielten dadurch einen legalen Aufenthaltsstatus. Seit dem erneuten Regierungswechsel im Jahr 2002 ist eine Rückkehr zu einer restriktiveren Einwanderungspolitik zu beobachten (siehe: Aktuelle Entwicklungen).

Anhand der Zahl der dauerhaften jährlichen Neuzuwanderer kann der zweimalige Politikwechsel in den 1990ern auch statistisch nachvollzogen werden (siehe Graphik „Jährliche Zuwanderung“).

Zu den Daten und Statistiken: Die letzte Volkszählung fand im Jahr 2004 statt. Die vollständigen Datensätze dieser Volkszählung werden demnächst vorliegen. Allgemeine Informationen dazu können abgerufen werden unter: www.insee.fr

Illegale Zuwanderung

250.000 Personen ohne Aufenthaltsgenehmigung („sans-papiers“) (Regierungsbericht 2004); andere Schätzungen liegen deutlich höher.

Ausländische Wohnbevölkerung

Im Jahr der letzten Volkszählung 1999 lebten rund 3,3 Mio. Ausländer in Frankreich. Dies entspricht einem Anteil von 5,6% der Gesamtbevölkerung. Der Ausländeranteil ist seit 25 Jahren relativ konstant. Betrachtet man die Kategorie „Immigranten“, das heißt Personen, die im Ausland mit nicht-französischer Staatsangehörigkeit geboren wurden, waren es 4,31 Mio. Personen oder 7,4% (1982: 4,04 Mio.). Die meisten in Frankreich lebenden Ausländer sind Algerier. Weitere

Zugewanderte Bevölkerung und ausländische Nationalitäten seit 1982

	1982	1990	1999	2004 (vorläufige Angaben)
Einwandererbestand	4.037.036	4.165.952	4.306.094	4.500.000
davon Frauen	1.858.220 (46,0%)	1.997.681 (48,0%)	2.139.776 (49,7%)	50,3%
davon Männer	2.178.816 (54,0%)	2.168.271 (52,0%)	2.166.318 (50,3%)	47,3%
davon einbürgert	1.167.368	1.307.926	1.556.043	
davon Ausländer	2.869.668	2.858.026	2.750.051	
davon in F geboren	651 000 (16,1%)	737 000 (17,7%)	508 488 (11,8%)	

Quelle: INED <http://www.ined.fr/population-en-chiffres/france/index.html> (Stand Oktober 2002)

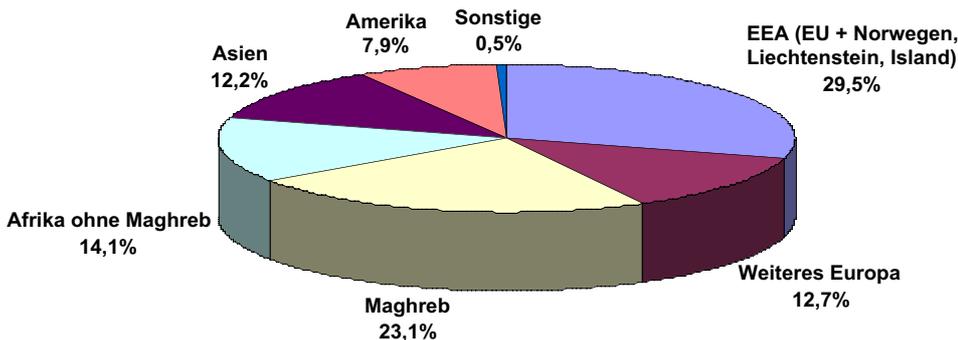
wichtige Herkunftsregionen sind Marokko, die Türkei sowie das subsaharische Afrika. Aber auch die Zuwanderung aus Asien, vor allem aus China, Pakistan und Indien, gewinnt zunehmend an Bedeutung.

Zugewanderte Bevölkerung nach Herkunftsland (Bestandsgrößen)

	1982	1990	1999
Algerien	597 644	555 715	574 208
Portugal	638 492	599 661	571 874
Marokko	367 896	457 456	522 504
Italien	570 104	483 695	378 649
Spanien	471 968	397 126	316 232
Tunesien	202 564	207 127	201 561
Türkei	121 212	168 359	174 160
Deutschland	115 584	114 288	123 186
Polen	157 712	129 401	98 571
Belgien	95 828	91 629	93 622
Ex-Jugoslawien	68 636	67 122	75 262

Quelle: INED <http://www.ined.fr/population-en-chiffres/france/index.html> (Stand Oktober 2002)

Zuwanderung 1999 nach Herkunftsregion



Quelle: INED <http://www.ined.fr/population-en-chiffres/france/index.html>

Die Regionen in Frankreich mit dem größten Ausländeranteil sind Ile-de-France (Großraum Paris), Rhône-Alpes und Provence-Alpes-Côte d'Azur. Zwei Drittel der Ausländer leben in den entsprechenden Städten dieser Regionen Paris, Lyon und Marseille.

Flucht und Asyl

Ende der 1980er Jahre stieg die Zahl der Asylanträge deutlich an (1982: 22.500; 1989: 61.400). Dies kann teilweise damit erklärt werden, dass Einwanderer verstärkt auf das Asylrecht zurückgriffen, da andere Migrationskanäle nicht mehr vorhanden waren. Bürokratische Hindernisse und ein Trend zu geringeren Anerkennungsquoten führten in den 1990ern wieder zu einem Rückgang der Antragszahlen. 1997 wurde zusätzlich zum konventionellen Asyl, dass sich auf die Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) bezieht, ein zweiter Asylstatus geschaffen, das so genannte „asile territorial“ (vgl. „Migration und Bevölkerung“ 9/98). Dieser Status, der deutlich weniger Rechte beinhaltet, war ursprünglich nur für Flüchtlinge des algerischen Bürgerkriegs geschaffen, musste aber nach einer Klage von Ausländerrechtsorganisationen für alle Nationalitäten geöffnet werden.

Ende der 1990er Jahre stieg die Zahl der Asylanträge entgegen dem europäischen Trend (konventionelles Asyl) von 22.463 (1998) auf 52.204 (2003) wieder an. Eine wachsende Anzahl an Antragstellern kommt aus China und aus der Türkei, hingegen nehmen Asylanträge von Asylsuchenden afrikanischer Herkunft ab. Die größte Anzahl an Asylantragstellern afrikanischer Herkunft in Frankreich kommt aus der Demokratischen Republik Kongo.

Die konservative Regierung unter Premierminister Jean-Pierre Raffarin (UMP)⁴ reformierte das Asylrecht im Jahr 2003

Daten zu Flucht und Asyl

	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Asyl nach Genfer Flüchtlingskonvention						
Anträge	22.375	30.907	38.747	47.291	51.087	52.204
- davon anerkannt	19,4%	19,3%	17,1%	18,0%	16,9%	14,8%
„Asile territorial“						
Anträge	1.339 *	6.938	11.809	17.267	22.786	27.741
- davon anerkannt	3,6% *	6,1%	2,9%	1,5%	0,5%	0,3%

* Zahlen für 6 Monate

Quellen: <http://www.forumrefugies.org/pages/stats/tab5.pdf> (Anerkennungsquote Asyl)
<http://www.forumrefugies.org/pages/stats/tab4.pdf> („Asile territorial“)

erneut. Im Wesentlichen wurden die Bearbeitungszeiten der Asylanträge verkürzt sowie eine Neu-Definition des Flüchtlingsbegriffs und eine Neuorganisation der Struktur der beteiligten Behörden eingeführt (vgl. „Migration und Bevölkerung“ 8/02).

Staatsangehörigkeit

In Frankreich geborene Kinder ausländischer Eltern erhalten mit vollendetem 18. Lebensjahr automatisch die französische Staatsangehörigkeit (jus soli). Im Ausland geborene und in

Frankreich lebende Personen können die französische Staatsangehörigkeit erwerben, wenn sie bestimmte Voraussetzungen erfüllen. Sie müssen einen Mindestaufenthalt von 5 Jahren vorweisen können und über ausreichende Sprachkenntnisse verfügen. Des Weiteren dürfen sie nicht auf Sozialleistungen angewiesen sein.

Gegen Ende der 1990er Jahre stieg die Zahl der Einbürgerungen deutlich an. Im Jahr 2000 wurden 150.025 Personen eingebürgert (1995: 92.400). Davon kam der überwiegende Teil aus Nordafrika (48%). Weitere wichtige Herkunftsregionen waren Europa (16%), das subsaharische Afrika (7,5%) sowie die Türkei (8,5%).

Aktuelle Entwicklungen

Seitdem die Konservativen unter Jean-Pierre Raffarin im Jahr 2002 die Regierungsgeschäfte übernahmen, ist eine erneute Trendwende in der Einwanderungspolitik zu beobachten. Das Asylrecht wurde verschärft. Auch wurden die Regelungen zur Einreise bzw. zum Aufenthalt von Ausländern restriktiver gestaltet sowie der Kampf gegen die illegale Einwanderung verstärkt. Zur Verbesserung der Integration von Ausländern wurden ab 2004 Integrationsverträge eingeführt. Diese beinhalten u. a. die Teilnahme an Sprachkursen sowie an Kursen über die französische Gesellschaft und ihre Werte. Darüber hinaus sehen die Integrationsmaßnahmen vor, dass insbesondere Jugendliche aus sozial schwierigen Verhältnissen stärker individuell gefördert werden (vgl. „Migration und Bevölkerung“ 4/03).

Seit einigen Jahren und verstärkt nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 in den USA versucht die französische Regierung, einen moderaten Islam zu stärken, der mit der französischen Verfassung vereinbar ist. In Frankreich lebt die größte islamische Gemeinde Europas mit etwa 5 Mio. Muslimen. 2003 wurde der erste nationale Islamrat (CFCM)⁵ gewählt. Dieser soll eine einheitliche Vertretung aller in Frankreich lebenden Muslime gegenüber der Regierung sein und auch für die Ausbildung der Imame, also der muslimischen Prediger, zuständig sein (vgl. „Migration und Bevölkerung“ 4/03).

Gleichzeitig wird verstärkt versucht, die laizistischen Werte der

Republik, welche 1905 gesetzlich niedergelegt wurden und somit in diesem Jahr ihren 100. Jahrestag feiern, zu verteidigen. Hierzu wurde ein Gesetz zum Verbot religiöser Zeichen in Schulen verabschiedet (vgl. „Migration und Bevölkerung“ 1/04), das am 2. September 2004 mit dem Beginn des neuen Schuljahrs in Kraft trat. Dem Gesetz geht eine lange Diskussion über Laizität, d.h. über die Form von Trennung zwischen Staat und Kirche/Religion, voraus. Laut Gesetz sind „betont auffällige“ Symbole aller Religionen an Schulen verboten, darunter auch das Tragen von Kopftüchern muslimischer Schülerinnen, welches die Diskussionen ausgelöst hatte. Die Einführung der neuen Regelung verlief jedoch weitgehend konfliktfrei. Nach Angaben des französischen Bildungsministers François Fillon (UMP) erschienen am ersten Schultag nur etwa 240 Schülerinnen mit einem Kopftuch in ihrer Schule. 170 von ihnen legten ihr Kopftuch nach einem Gespräch am Schulleingang ab. Mit den übrigen Mädchen wurden, gemeinsam mit ihren Eltern, weitere Gespräche geführt. Dass die Einführung des Gesetzes relativ reibungslos ablief, hing auch damit zusammen, dass muslimische Organisationen, die gegen das Kopftuchverbot waren, wegen der Entführung zweier französischer Journalisten im Irak auf Proteste verzichteten. Die Entführer forderten die Rücknahme des Kopftuchverbots an französischen Schulen und drohten mit der Ermordung der Entführten. Aus Solidarität mit den entführten Journalisten, die im Dezember 2004 wieder frei kamen, hatten die Imame aller führenden Moscheen in Frankreich die Mädchen dazu aufgerufen, ihre Kopftücher vor dem Betreten der Schulen abzulegen (vgl. „Migration und Bevölkerung“ 7/04). Der französische Bildungsminister hat nun angeregt, dieses Gesetz auf Universitäten auszuweiten.

Ein weiteres Gesetz zielt darauf ab, religiösen Fundamentalismus zu bekämpfen. Es regelt den Umgang mit Personen, die zur „Provokation von Gewalt gegen eine bestimmte Person“ aufrufen, und sieht in diesen Fällen die Möglichkeit der Abschiebung vor (vgl. „Migration und Bevölkerung“ 5-7/04).

Quellen

- Nationales Statistisches Amt Frankreich “Institut national de la statistique et des études économiques” (INSEE): www.insee.fr
- Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD): www.oecd.org
- Nationales Institut für demographische Studien “Institut National d'Études Démographiques” (INED): www.ined.fr
- Fischer Weltalmanach: http://www.weltalmanach.de/staat/_detail.php?staat=frankreich

Weitere Informationen

- <http://www.unhcr.ch/cgi-bin/texis/vtx/rsd?search=c&ISO=FRA>
- <http://www.migrationinformation.org/Profiles/display.cfm?ID=21>
- <http://www.migrationinformation.org/feature/display.cfm?ID=87>
- <http://www.recensement.insee.fr> (Volkszählung)
- <http://www.ofpra.gouv.fr/> (Behörde für die Anerkennung von Asylbewerbern OFPRA)
- <http://www.ladocumentationsfrancaise.fr/brp/notices/024000275.shtml> (Bericht der OFPRA 2001)
- <http://www.ecre.org> (European Council on Refugees and Exiles)
- http://www.vie-publique.fr/dossier_polpublic/immigration/
- http://www.gisti.org/dossiers/reformes/2003-entree-sejour/loi_sarkozy (Menschenrechtsorganisation)
- <http://www.forumrefugies.org> (Flüchtlingsorganisation)
- <http://www.ambafrance-uk.org/service.asp?SERVID=100&LGNG=en&PAGID=316>

Fußnoten

- ¹ RPR: «Rassemblement pour la République»
- ² «sans papiers»: ohne Papiere
- ³ PS: «Parti Socialiste»
- ⁴ UMP: früher: «L'Union pour la Majorité Présidentielle»; heute: «L'Union pour un Mouvement Populaire»
- ⁵ CFCM: «Conseil français du culte musulman»

Der Autor:

Marcus Engler ist Student der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften in Berlin und Paris sowie Mitglied der Redaktion des Newsletters „Migration und Bevölkerung“. E-Mail: marcus_engler@web.de